



Liebe Leserinnen und Leser,

den Behörden ist im hessischen Oberursel ein großer Ermittlungserfolg gelungen. Das festgenommene, vermutlich radikal islamistische Paar hatte offenbar einen Bombenanschlag auf das traditionelle Radrennen in Frankfurt am Main geplant. Es ist zu hoffen, dass die Behörden die Planungen restlos aufklären und möglichen Hinterleuten auf die Spur kommen werden und es ist gut, dass die Behörden künftig auch auf Verbindungsdaten zurückgreifen können. Der Vorfall in Hessen hat aber auch gezeigt, dass wir alle gefragt sind, wenn es um unsere Sicherheit geht. So haben aufmerksame Baumarktmitarbeiter die Polizei informiert und gemeldet, dass in größeren Mengen ein bestimmtes chemisches Produkt gekauft wurde.

Aber nicht nur die Polizeibehörden in Bund und Ländern leisten gute und wichtige Arbeit, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Auch die Arbeit der Nachrichtendienste trägt ganz wesentlich zur Sicherheit in Deutschland bei. Das muss bei allen Diskussionen um die Vorwürfe, die jetzt dem BND gemacht werden, auch klar und deutlich gesagt werden. Deutschland hat angesichts der Bedrohungen etwa durch den islamistischen Terrorismus Sicherheitsinteressen. Und dafür brauchen wir neben der Polizei auch die Nachrichtendienste, um die Sicherheit in unserem Land garantieren zu können. Dazu gehört auch die jetzt in der Kritik stehende Zusammenarbeit der Dienste. Klar ist auch: Die Anschuldigungen taugen nicht zur parteipolitischen Profilierung.

Wer auf der Basis von Vermutungen diskutiert, mag die Schlagzeilen des Tages beherrschen. Der Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes und seiner Menschen wird man so aber nicht gerecht. Den Vorwürfen wird in den dafür geschaffenen parlamentarischen Gremien nachgegangen. Dort kann man auch fakten gestützt feststellen, ob Entscheidungen und Strukturen richtig waren und sind. Und wenn nicht, werden sie geändert. So war eine der Lehren aus dem NSU-Untersuchungsausschuss übrigens, dass die Behörden besser zusammenarbeiten und ihre Informationen austauschen müssen. Was im Inland richtig ist, kann bei der Zusammenarbeit mit befreundeten ausländischen Diensten nicht falsch sein. Aber es muss auf der Grundlage unserer Gesetze geschehen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



KURZ UND BÜNDIG

25.4. Pflanzenbörse des CDU-Ortsverbandes Cremlingen ab 10 Uhr, Hof Elsner an der Hauptstraße, Ecke Sickter Straße

25.4. Spargelwanderung des CDU-Ortsverbandes Baddeckenstedt-Heere

DABEI SEIN – TERMINE

9.5. Vormittags Einweihung Steinway Trail in Wolfshagen am Harz

9.5. Nachmittags Abgeordneten BBQ mit der Country-Band "Texas Roads" in Ringelheim auf dem Gutshof Löwe

Sie sind herzlich eingeladen!



Einer von uns in Berlin Sitzungswoche vom 4. bis 8. April

50 Jahre deutsch-israelisch diplomatische Beziehungen. In diesen Wochen stehen zwei Jahrestage an, die auf das Engste miteinander verbunden sind: Vor 70 Jahren endete der Zweite Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches. Und vor 50 Jahren nahmen die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel diplomatische Beziehungen auf. Beide Ereignisse waren zentrale Themen dieser Plenarwoche sein. Kapitulation und Befreiung waren Inhalt einer Gedenkstunde am heutigen Freitagmorgen.

Als 1945 mit dem Zusammenbruch des NS-Regimes das volle Ausmaß seiner Verbrechen deutlich wurde, schien es, als wäre für lange Zeit keine Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden möglich. Zu tief war nach der Shoah der Graben zwischen dem Volk der Täter und den Angehörigen der Opfer.

Die deutsch-israelische Annäherung stellte nach den Verbrechen des Holocausts im Grunde eine schier aussichtslose Aufgabe dar. Nur mutige Staatenlenker wie Konrad Adenauer und David Ben-Gurion, für die Moral, Staatsräson und Realismus zusammengehörten, konnten diese Herausforderung annehmen. Ihrem entschlossenen Handeln ist es zu verdanken, dass der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland am 12. Mai 1965 diplomatische Beziehungen aufnehmen konnten. Der eigentliche Glücksfall ist aber, dass der Staat Israel und Juden trotz der schrecklichen Verbrechen, die im deutschen Namen begangen worden sind, bereit waren, uns die Hand zu reichen.

Gebnet haben diesen Weg ganz maßgeblich auch die Bürger beider Staaten: Sie bauten die wichtigen Brücken in Wissenschaft, Kultur, Sport und mit Freiwilligendiensten. Auch der Deutsche Bundestag hat mit der Ratifizierung des sogenannten „Wiedergutmachungsabkommens“ bereits im März 1953 eine

zentrale Grundlage für die neu entstehenden Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland geschaffen.

Heute ist die enge Partnerschaft zwischen den beiden Staaten eine tragende Säule deutscher Außenpolitik und fester Bestandteil der Politik von CDU und CSU. Wie dicht und eng diese Beziehungen sind, zeigen exemplarisch die deutsch-israelischen Regierungskonsultationen, die anlässlich des 60. Jahrestags der Staatsgründung Israels von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem damaligen Ministerpräsident Ehad Olmert ins Leben gerufen wurden.

Auf der Basis der gemeinsamen Werte demokratischer Rechtsstaaten sind beide Länder entschlossen, gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Aus dem Abgrund der Gräueltaten des Nationalsozialismus ist einzigartiges Vertrauen, ja Freundschaft erwachsen. Israel und Deutschland richten ihren Blick gemeinsam in die Zukunft. Was bei Kriegsende vor 70 Jahren unvorstellbar war, nahm vor 50 Jahren Form an: Deutsch-israelische Aussöhnung, Freundschaft und Zukunft.



Der Funkturm im Hintergrund: Blick von der Verbindungsbrücke des Jakob-Kaiser-Hauses in Richtung Alexanderplatz.

Erdbebenopfern schnell und wirksam helfen. Das schwere Erdbeben im Himalaya hat schreckliche Verwüstungen und unsagbar viel menschliches Leid verursacht. Die Behörden in Nepal scheinen überfordert. Umso wichtiger ist es, dass die internationale Staatengemeinschaft weiterhin alles tut, um das Leid der Menschen zu lindern und dem



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

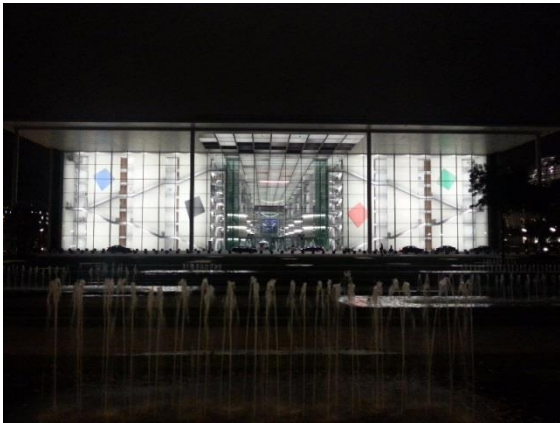
Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Land bei der Bewältigung der Folgen zu helfen - von den ersten Notmaßnahmen bis zum Wiederaufbau.

Ein nach wie vor aktuelles Problem ist die Versorgung mit sauberem Trinkwasser. Hier bringt Deutschland sich mit einer Kernkompetenz des Technischen Hilfswerks (THW) ein: Seit Sonntag können mit zwei Trinkwasseranlagen in Kathmandu bis zu 10.000 Liter Trinkwasser pro Stunde produziert werden, die dann über Tankfahrzeuge an die Menschen verteilt werden. Allen Rettern und Helfern der nationalen und internationalen Organisationen und allen, die mit Spenden helfen, sei an dieser Stelle gedankt.



Das Paul-Löbe-Haus am Abend

Bundestag debattiert Fracking-Verbot in erster Lesung. Aus niedersächsischer Sicht ist in dieser Woche insbesondere das von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzpaket zum Thema Fracking von besonderer Bedeutung gewesen. Das sogenannte unkonventionelle Fracking soll in Deutschland grundsätzlich verboten werden. Der Bundestag debattierte am Donnerstag in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Koalition.

Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass Fracking solange zu verbieten ist, bis der Nachweis erbracht wurde, dass die Technologie keine Nachteile für die Umwelt bringt. Und so lange sind die Lagerstätten lediglich als nationale Energiereserven zu bewerten. Durch unsere Aktivitäten auf Kreis-

und Landesebene haben wir dazu beigetragen, dass unsere Region von Erkundungsbohrungen verschont geblieben ist.

An einem Beispiel möchte ich meine Haltung noch einmal deutlich machen: Ich sehe die Möglichkeit zur Erprobung des Fracking im Schiefer-, Ton- und Mergelgestein weiterhin äußerst kritisch und halte das Verbot unkonventionellen Frackings zu wirtschaftlichen Zwecken für richtig. Gleichwohl müssen wissenschaftlich begleitete Erprobungsmaßnahmen, die den Zweck haben, die Auswirkungen der Maßnahmen auf die Umwelt wissenschaftlich zu erforschen möglich sein. Im Anschluss soll aber das Parlament auf der Basis der Erkenntnisse der Expertenkommission entscheiden, ob die Fracking-Technologie für den Einsatz oberhalb von 3.000 m zugelassen werden soll. Im Gesetzentwurf ist bisher kein Parlamentsvorbehalt vorgesehen. Sondern, dass die Expertenkommission, wenn eine Probebohrung erfolgreich war, die Fracking-Technologie auf den Einzelfall bezogen als unbedenklich einstufen und basierend darauf, die behördliche Genehmigung für das Fracking und die kommerzielle Förderung erfolgen kann.

Ich wiederhole noch einmal: Solange die Auswirkungen unklar sind, gehe ich zu der Technologie auf Abstand. Ich nehme die Ängste und Bedenken der Bürger ernst!

Entwurf eines Gesetzes zur Ausdehnung der Bergschadenshaftung auf den Bohrlochbergbau und Kavernen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ausdehnung der Bergschadenshaftung ist ebenfalls Teil des sogenannten Fracking-Pakets. Die Regelungen sollen für Geschädigte die Durchsetzung von möglichen Schadensersatzansprüchen wegen Bergschäden durch den Bohrlochbergbau sowie durch Unterspeicherung erleichtern. Weitere Änderungen betreffen die Einführung von verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie eine Verschärfung der bergbaulichen Anforderungen beim Einsatz der Fracking-Technologie, insbesondere strenge



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

Anforderungen zur Entsorgung des Lagerstättenwassers und der Frack-Fluide. Wir beraten den Gesetzentwurf in erster Lesung.

Qualität von Studium und Lehre im internationalen Wettbewerb sichern – Den Europäischen Hochschulraum erfolgreich gestalten. Im Antrag, den wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einbringen, fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich weiterhin für internationale Doppelstudiengänge und Europahochschulen einzusetzen. Sie soll darauf hinwirken, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Studienleistungen zu verbessern. Ferner soll bei der Bologna-Folgekonferenz das Beitrittsbegehren der Republik Belarus zum europäischen Hochschulraum bewertet und gegebenenfalls entschieden werden. Wir appellieren darüber hinaus an die Länder, die finanzielle Entlastung durch die vollständige Übernahme der Kosten des BAföG durch den Bund vereinbarungsgemäß für Schulen und Hochschulen zu verwenden.

Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Bologna-Prozesses 2012 bis 2015 in Deutschland. Im Rahmen der bevorstehenden Bologna-Folgekonferenz am 14./15. Mai 2015 in Eriwan (Armenien) zeigt der Bericht auf, dass die vereinbarten Reformschritte zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes in Deutschland weitgehend umgesetzt sind. Inzwischen führen 87,4 Prozent der Studiengänge zu einem Bachelor- oder Masterabschluss. Die Auslandsmobilität deutscher Studierender übertrifft mit rund 30 Prozent ebenfalls das europäische Mobilitätsziel von 20 Prozent deutlich. Auch die Zahl ausländischer Studierender in Deutschland wächst – im Wintersemester 2013/2014 machten diese 11,5 Prozent der Studierenden an den deutschen Hochschulen aus.

Starke Städte und Quartiere – Die Erfolgsgeschichte der Städtebauförderung fortsetzen. Anlässlich des ersten gesamtdeutschen Tags der Städtebauförderung am 9. Mai bringen wir gemeinsam

mit unserem Koalitionspartner einen Antrag zur Würdigung und weiteren Entwicklung der Städtebauförderung ein. Wir betonen die Bedeutung der Städtebauförderung als Finanzhilfe des Bundes und heben ihren Beitrag für die grundsätzlich gelungene Stadtentwicklung in Deutschland sowie für die regionale Wirtschaftsentwicklung hervor. Positiv ist die derzeitige finanzielle Ausstattung der Städtebauförderung in Höhe von 700 Millionen Euro pro Jahr. Außerdem geht der Antrag auf neuere Entwicklungen in dieser Wahlperiode ein, so zum Beispiel auf das Programm zum Wissenschaftsjahr „Stadt der Zukunft“.

Fraktion in Aktion

Arbeiten in der digitalen Welt – Arbeitnehmergruppe diskutiert mit Experten über die Folgen der Industrie 4.0 für Betriebe und Beschäftigte. Industrie 4.0 und Big Data: Mit diesen Schlagworten wird die Digitalisierung der Wirtschaft beschrieben. Dieser - wie viele meinen - größte Umbruch in der Produktion seit der industriellen Revolution hat aber auch Folgen für die Arbeitswelt. So fragen sich Betriebe und Beschäftigte beispielsweise: Wie sieht künftig der Arbeitsplatz aus? Welche Auswirkungen haben die Veränderungen auf Mitbestimmung und Arbeitsschutz? Darüber diskutierte die Unionsfraktion am Mittwoch in einem Fachgespräch mit Experten – die zweite Veranstaltung in der Reihe der Wirtschaftsgespräche.

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion, Peter Weiß, sprach im Zusammenhang mit der Industrie 4.0 von einem „Übergang in die vierte Dimension“. Darin stecke enormes Wachstumspotenzial. Wie der Wandel aussehen kann, malte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Nadine Schön mit Beispielen aus: „Airbnb stellt die ganze Hotelbranche auf den Kopf. Über schafft das gleiche im Bereich der Taxis!“ Internetplattformen würden innerhalb kürzester Zeit althergebrachte Konzepte vom Tisch fegen. „Es entstehen Plattformen, bei denen sich die Frage stellt: Wer ist der Player? Der Anbieter, der Produzent oder der



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Verkäufer der Plattform?“ Für dieses Problem gibt es laut Wolfgang Percy Ott, Head of Government Affairs Germany von Cisco Systems, nur eine Lösung: Die Unternehmen müssten ihre Produkte auf einer eigenen Website anbieten. „Wenn sie nicht selbst die Angebote vermarkten, dann macht das ein anderer. Dann wird man Zulieferer.“

Industrie 4.0 bedeute mehr als die Digitalisierung der Produktionsstrecke, erklärte Günther Schuh, Mitglied des Direktoriums des Werkzeugmaschinenlabors der Technischen Hochschule in Aachen. Die Herausforderungen seien vielfältig: So würden die Wünsche der Kunden immer individueller, die Märkte immer volatiler und die Lebenszyklen der Produkte immer kürzer. Darauf müssten die Betriebe schnell und flexibel reagieren.



Peter Weiß beim Fraktionskongress der CDU/CSU zur Digitalisierung der Arbeitswelt

Damit Industrie 4.0 bei mittelständischen Unternehmen stattfinden könne, muss die Politik klare Rahmenbedingungen setzen, vor allem beim Thema Datensicherheit. 50 Prozent der heutigen Berufe werden in den nächsten 20 Jahren verschwinden. Stattdessen würden neue Berufsfelder entstehen - und damit neue Herausforderungen für das Bildungssystem und letztlich die Politik. Wir setzen auf einen Pakt für digitale Bildung. Auch der Vorsitzende der Fraktionsarbeitsgruppe Arbeit und Soziales,

Karl Schiewerling, sieht die Politik hier gefordert.

Ott wies darauf hin, dass im Zuge des Wandels zur Industrie 4.0 Arbeitszeit und Arbeitsort erheblich flexibler werden. Das klassische Büro habe künftig ausgedient; vieles könne von zu Hause aus oder unterwegs erledigt werden. Dies bedeute für die Mitarbeiter ein größeres Maß an Selbstbestimmung - und eine bessere Work-Life-Balance, wie die Präsidentin der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Isabel Rothe, erklärte. Die Kehrseite der Medaille sei jedoch die ständige Erreichbarkeit.

Auch die Gewerkschaften müssten sich umstellen, meinte Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Die Digitalisierung in einem Friseurladen sähe beispielsweise anders aus als bei VW. Das mache es so schwer, einheitliche Regelungen zugunsten der Beschäftigten zu finden.

Besucherguppen

Besuch der Lessing Realschule in Berlin. Im Verlauf ihrer Berlinreise besuchte die 10te Klasse der Lessing Realschule aus Wolfenbüttel neben Sehenswürdigkeiten wie Madame Tussauds oder dem Brandenburger Tor auch den Deutschen Bundestag. Nach einem ausführlichen Kuppelbesuch bei Sonnenschein, konnte ich die Gelegenheit wahrnehmen, mich mit den 26 Schülern und Schülerinnen auszutauschen. In dem Gespräch interessierten sich die Schüler vorwiegend für meinen Alltag als Bundestagsabgeordneter, aber auch die aktuelle Schulpolitik in Niedersachsen wurde diskutiert.

Die Caritas Wolfenbüttel zu Besuch im Deutschen Bundestag. Mit großen Engagement hilft die Caritas in Wolfenbüttel Menschen in Not und setzt sich für die Solidarität der Bürger ein. Daher war es mir eine außerordentliche Freude die Mitglieder des gemeinnützigen Vereins nach Berlin einzuladen und ihnen einen Besuch im Deutschen Bundestag zu ermöglichen.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Nach der Teilnahme an einer Plenumsitzung und einem Kuppelbesuch, sprach die Gruppe mit meinen Mitarbeitern über den Alltag eines Abgeordneten sowie über politische Themen wie Fracking und Zuwanderung.

Besonders war für die Gruppe, die vorwiegend aus Russland-Deutschen bestand, auch der Zeitpunkt ihres Besuches. Am achten Mai gedachte der Deutsche Bundestag das Ende des zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren, in dem allein 27 Millionen Sowjetbürger starben.

Daten und Fakten

Deutschlands Wirtschaftskraft ist Schlüssel zu Wohlstand. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist zwischen 1991 und 2013 von 1.580 auf 2.809 Milliarden Euro angewachsen. Damit verknüpft sind bedeutende Auswirkungen auf den Wohlstand der Menschen in unserem Land: Das Bruttovermögen privater Haushalte wuchs im selben Zeitraum von 5.392 auf 12.288 Milliarden Euro an. Und die Menschen können sich heute mehr von ihrer Arbeit leisten: Die Arbeitszeit etwa, die durchschnittlich für den Kauf einer neuen Waschmaschine zu leisten ist, halbierte sich von rund 53 auf 26 Stunden. Neben den finanziellen Aspekten ist auch die Lebenserwartung in den vergangenen 30 Jahren gestiegen: Bei den Frauen um fünf und bei den Männern um gut sechs Jahre. Daneben haben die Menschen in Deutschland heute mehr Freizeit. Mittlerweile sind sechs Wochen Urlaub tariflicher Standard, gegenüber zwei Wochen Jahresurlaub Ende der 1950er-Jahre. (Quelle: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft)

Positives Deutschlandbild in Israel. 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und 50 Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel haben die Israelis eine sehr positive Einstellung gegenüber Deutschland und den Deutschen. In einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung gaben fast 70 Prozent der Befragten an, Deutschland positiv oder sogar sehr positiv einzuschätzen. Unter den europäischen Nationen nimmt Deutschland damit unangefochten und mit weitem Abstand den Spitzenplatz in der Beliebtheit in Israel ein. Insbesondere im politischen Bereich ist die Meinung der Israelis klar: Beinahe 80 Prozent

betrachten Deutschland als einen wichtigen Partner Israels. Dabei werden die Anstrengungen der Bundesregierung für den Frieden besonders hervorgehoben: 62 Prozent gaben an, dass diese sich für einen nachhaltigen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern einsetze, 54 Prozent stimmten zu, dass Deutschland dabei eine vermittelnde Rolle als „ehrlicher Makler“ einnehmen könne. (Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung)

Zum Schluss, doch nicht das Letzte

Ein neues Gesicht im Mitarbeiterstab. Philip Bokelmann ist der Neue im Team und wird meine wissenschaftliche Mitarbeiterin, Frau Vicky Wollny, für die kommenden 14 Monate vertreten. Frau Wollny ist ab Ende Mai im Mutterschutz und im Anschluss daran in Elternzeit. Philip Bokelmann übernimmt die Aufgaben von Frau Wollny und ist u.a. Ansprechpartner für den Ausschuss Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und kümmert sich um die Besuchergruppen.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

